

## **Forderungen des Netzwerkes an die Kommunen**

Aus den Erfahrungen unserer Mitglieder wissen wir, wie schwierig es ist eine Entschädigung für einen Bergschaden zu erhalten. Schon für relativ geringe Beträge wird oft monatelang oder über Jahre hinweg untersucht und verhandelt.

Am Ende steht häufig eine Ablehnung seitens RWE, die ohne erhebliche finanzielle und nervliche Belastungen nicht zu überprüfen ist.

In den wenigen Anerkennungsfällen lässt RWE eine Regulierung lediglich aus „Kulanz“ ohne Anerkennung einer Rechtspflicht zu. Widerstand seitens der Betroffenen ist gegen eine solche Praxis in der Vergangenheit selten zu erwarten gewesen.

Diese Ohnmacht aufzubrechen ist das Ziel des Netzwerkes. Wir wollen die Rahmenbedingungen der Betroffenen jetzt endlich entscheidend und sichtbar verbessern. Es ist an der Zeit ganz konkret schon lange bestehende Forderungen umzusetzen (siehe die Forderungen der SPD-Ratsmitglieder aus Bergheim vom 10.11.1992 auf der NETZWERK-Homepage).

Von der Politik und von den Vertretern der Städte und Gemeinden im Revier erwarten wir zukünftig eine langfristige, dauerhafte und ernsthafte Unterstützung der Bürger in deren berechtigten Forderungen.

Die Politik hat in der Vergangenheit die großen Tagebauprojekte mit Hinweis auf das öffentlichen Interesse durchgesetzt.

Im diesem öffentlichen Interesse hat die Politik nun auch die Rahmenbedingungen für eine faire und gerechte Entschädigung sicher zu stellen. Das Netzwerk wird jedenfalls einen Rückzug der Politik mit dem bisher gerne schnell gegebenen Hinweis auf zivilrechtliche Belange der Betroffenen als deren rein privates Problem nicht mehr akzeptieren.

Darüber hinaus fordern wir kurzfristig konkret von der kommunalen Seite:

1. Offenlegung aller in den Verwaltungen vorliegenden Fachdaten, die dem einzelnen Betroffenen die Beweisführung des Vorliegens eines Bergschadens erleichtern können. Darunter fallen die Höhenmessdaten, die Kanalkataster, die Fachgutachten, die Informationen des Katasteramtes zu horizontalen Verschiebungen, die Störungsdaten und teilweise vorhandene Bergschadenskataster.

2. Verstärkte Einbeziehung fachkundiger Bürger, die auch mal kritisch gegenüber RWE auftreten dürfen, in Entscheidungsprozesse, die mit der Verwendung von Steuergeldern in Zusammenhang stehen. Dazu zählen wir die Fragen nach der Beteiligung von RWE Power AG zu Kanalsanierungen, Wassergeldern, Bauprojekten und Staubentschädigungen.
3. Unterstützung in den Bemühungen um rechtliche Verbesserung der Bergbaugeschädigten. Die Kommunen sollten über Resolutionen Ihre Forderungen nach Verzicht auf die Einrede der Verjährung, der Änderung des Bundesberggesetzes zur Anwendung der Bergschadensvermutung und zum Beitritt von RWE in die bestehende Schlichtungsstelle in Essen Ausdruck geben.

Der Nutzen und die wirtschaftlichen Vorteile durch den Braunkohlenbergbau in unserer Region werden durch das Netzwerk nicht in Frage gestellt.

Viele unserer Mitglieder sind frühere oder derzeitige Mitarbeiter von RWE.

Da was fehlt ist eine ernstzunehmende Lobby für die vom Bergbau betroffenen Haus- und Grundeigentümer, die sich beim Vortragen Ihrer Probleme häufig vorhalten müssen, zugunsten des Wirtschaftsriesen RWE und der daran hängenden Arbeitsplätze den Mund halten und auch Nachteile hinnehmen zu müssen.

Das Netzwerk versteht sich und seine Forderungen als Einladung an die Politik, uns und jedem Bürger zu aufzeigen, dass Politik in erster Linie für und nicht gegen die Bürger gemacht werden kann.

gez. im Januar 2010

Gesamtvorstand NETZWERK Bergbaugeschädigter e.V.